

30.11.2018

## Straßenanliegerbeiträge/ Kindergarten/ Erddeponie Birken

Man staunt nicht schlecht, wenn Politik zwar „klar und offen“ Probleme und Handlungsansätze „umfassend“ darstellen will, sich dann aber auf populistische Verkürzungen beschränkt. Das liest sich gut und ist leicht zu behalten. So geschehen seitens der SPD bei Problemen in Much. Wie oft klaffen Absicht und Realität weit auseinander. Und aus Sicht der Verfasser kann damit die CDU-Much „mal wieder“ schlecht aussehen (das eigentliche Ziel?).

Bürgermeister **Norbert Büscher** hatte zu einigen Punkten schon korrigierend Stellung bezogen. Dennoch möchten wir Sachverhalte aus unserer Sicht diskutieren, um damit der Wirklichkeit etwas näher zu kommen.

### Straßenanliegerbeiträge

Die Diskussion über Straßenanliegerbeiträge ist nicht neu, so wurde **2014** von der CDU-Landtagsfraktion ein Antrag auf Abschaffung dieser Beiträge gestellt. Dieser Antrag wurde allerdings von der **rot-grünen Landesregierung abgelehnt**. Da sich Argumente, die für oder gegen die Erhebung dieser Beiträge sprechen, seit damals nicht geändert haben, ist aus unserer Sicht der heutige **SPD-Gesetzentwurf** reines Ablenken vom damaligen Regierungsversagen in NRW, zumal keinerlei Vorschläge für eine Finanzierung dieser Landeszuwendungen gemacht werden! Fest steht, dass Kosten für den Straßenausbau aufgebracht werden müssen, aber woher? **Entweder vom Land** in Form von Fördermitteln **oder durch die Gemeinde** mittels Anhebung der Grundsteuer. Bei letzterem werden aber **alle** Mucher Bürgerinnen und Bürger (Eigentümer **und** Mieter) belastet, unabhängig davon, wo eine Straße in Much saniert werden muss! Dass sich die SPD-Much den Forderungen ihrer Landtagsfraktion anschließt, ist vielleicht nachvollziehbar, doch fragen wir uns, warum man 2015 der Änderung einer Satzung über die Erhebung der Straßenanliegerbeiträge und 2017 dem Beschluss über den Standard, der bei zukünftigen Straßenbaumaßnahmen zu Grunde gelegt werden soll, im Gemeinderat mit zugestimmt hatte?

Wir begrüßen zwar die jetzige Initiative der Landes-CDU, allerdings sind wir mit dem Vorschlag, die Erhebung in das Belieben der Kommunen zu stellen, überhaupt **nicht** einverstanden. Hier muss nachgebessert werden!

Wir werden uns weiter mit diesem Thema beschäftigen und, soweit kurzfristig keine Änderung des kommunalen Abgabengesetzes erfolgen wird, nach einer tragbaren Lösung für die Anlieger und damit für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde suchen!

### Kindergarten

Zur kürzlich seitens der SPD vorgetragenen Kritik in der politischen Beilage „Klartext“ im Mitteilungsblatt:

Der **ursprünglich** für den Kindergarten vorgesehene Standort verfügte bei allen Ratsfraktionen **nicht** über optimale Voraussetzungen. Mangels einem - zum damaligen Zeitpunkt - noch nicht bekannten alternativen Standort, hätten wir dem Kauf des seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Grundstücks zugestimmt, da sich dieses in zentraler Lage von Much befindet. Ein alternativer Standort konnte von der SPD leider nicht benannt werden. Für uns wäre hier auch eine andere Nutzung vorstellbar gewesen z. B. die Errichtung von alters- und familiengerechten Wohnungen! Ein weiterer Vorteil des Erwerbs dieses Grundstückes hätte darin bestanden, dass die Gemeindeentwicklungsgesellschaft (GEG) Much das Gebäude errichtet und man mit den Mieterträgen Kapital gebildet hätte, welches sich dann im Eigentum der Gemeinde befunden hätte. Im Falle der Errichtung von Wohnungen hätte man zudem die Möglichkeit gehabt, mietgünstige Wohnungen anzubieten, da die GEG Much zwar wirtschaftlich arbeiten soll, aber nicht mit den Gewinnmargen eines privaten Investors kalkulieren muss.

30.11.2018

## Erddeponie Birken

So erfreulich, wie es auf den ersten Blick erscheint und die SPD als ihren Erfolg feiert, ist die von der RSAG in Aussicht gestellte Zahlung von 125.000 € aus unserer Sicht nicht. Diese Zahlung wird im Ergebnis dazu führen, dass Kippgebühren sich verteuern. Ein ärgerliches Ergebnis, da hiervon voraussichtlich auch Bürgerinnen und Bürger aus Much betroffen sein werden, die den Bau eines Hauses z. B. in Marienfeld- Stockemssiefen planen. Wer Transparenz einfordert, sollte auch hier „Klartext“ reden und umfänglich / präzise informieren.

Die Mehreinnahmen aus den Zahlungen der RSAG sollten besser dazu genutzt werden, den **Haushaltsansatz für Straßenerhaltung** zu erhöhen. Damit würde der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, neben allgemeinen Erhaltungsmaßnahmen auch qualifizierte Reparaturarbeiten an unseren Straßen durchzuführen. Hierzu werden **wir** einen entsprechenden **Antrag zum Haushalt 2019** einbringen.

### Fazit:

Überschriften/ Schlagworte/ Vereinfachungen sind politisch leichter zu verkaufen als gründliche, ehrliche Sacharbeit - auch Mucher Themen betreffend. Diesem wenig nützlichen Zeit(un)geist, der als Ergebnis Populismus und Oberflächlichkeit erzeugt, werden wir wie bisher mit Sachlichkeit und zielführender Information begegnen.

*Peter Steimel*